

Verbandstag des Genossenschaftsverbands Bayern:

Genossenschaften: Verantwortung für Bayern

Genossenschaften übernehmen Verantwortung für Wirtschaft und Gesellschaft in Bayern. Das ist die Botschaft des 109. GVB-Verbandstags. 1.450 Vorstände bayerischer Genossenschaften und prominente Gäste aus Politik und Wissenschaft diskutierten darüber, wie man sich für die Gemeinschaft engagieren kann und was getan werden muss, um die Wirtschaft in Deutschland voranzubringen.

Verantwortung ist harte Arbeit

„Die Scheu vor Verantwortung ist die Krankheit unserer Zeit.“ Mit diesem Zitat Otto von Bismarcks begann Konrad Irtel, der Vorsitzende des Verbandsrats und ehrenamtliche Verbandspräsident des GVB, seine Begrüßungsrede. Der Erkenntnis des „Eisernen Kanzlers“ stellte er die Geschäftspolitik des Genossenschaftswesens gegenüber. Die 1.120 bayerischen Genossenschaften hätten die Bürgergesellschaft schon gelebt, bevor es hierfür über-

haupt ein Wort gegeben habe. „Genossenschaften übernehmen Verantwortung: für ihre Mitarbeiter, ihre Kunden, ihre Mitglieder sowie Städte und Kommunen.“

Gutes tun und darüber reden

Verantwortung zu übernehmen sei harte Arbeit, so der Rosenheimer Bankchef weiter: „Auch deshalb, weil es nicht nur reicht, Gutes zu tun.“ Man müsse auch darüber reden. „Denn das Gute verbraucht sich schnell, wird ver-

gessen, zur Selbstverständlichkeit und damit zum Alltag.“ Damit dies nicht geschieht, präsentierte Irtel den Veranstaltungsgästen Fakten: „Mit einem jährlichen Steueraufkommen von 200 Millionen Euro gehören die bayerischen Genossenschaften zu den größten Steuerzahlern im Freistaat“, so der GVB-Verbandspräsident. Von den 650 Millionen Euro Gewerbesteuerertrag seit dem Jahr 2000 profitierten vor allem die Kommunen.

Arbeitgeber und Ausbilder

Genossenschaften übernehmen außerdem Verantwortung als Arbeitgeber und Ausbilder in ländlichen Regionen. „Mehr als eine Million Beschäftigte sind direkt und indirekt mit genossenschaftlichen Unternehmen in Bayern verbunden. 67.000 Menschen arbeiten unmittelbar bei bayerischen Genossenschaften“, ergänzte der Rosenheimer. Mit 4.000 Auszubildenden gehören Genossenschaften zu den größten Ausbildern im Freistaat.

„Im zurückliegenden Jahr haben die 325 Volksbanken und Raiffeisenbanken in Bayern zudem über 14 Millionen Euro für soziale, kulturelle und gemeinnützige Zwecke aufgebracht.“ Das sei ein Sechstel des weltweiten Spendenaufkommens der nach der Bilanzsumme 20 Mal größeren Deutschen Bank, merkte der ehrenamtliche GVB-Präsident an.

(Fortsetzung nächste Seite)



GVB-Repräsentanten und Redner des 109. GVB-Verbandstags (v. l.): Helmut Haun (GVB-Bezirkspräsident Unterfranken), Erhard Gschrey (stellvertretender GVB-Vorstandsvorsitzender), Manfred Nüssel (GVB-Bezirkspräsident Oberfranken), Konrad Irtel (ehrenamtlicher GVB-Verbandspräsident), Tilmann Schöberl (Moderator), Prof. Dr. Dr. Karl Homann (Professor für Wirtschaftsethik an der LMU), Dr. Guido Westerwelle (FDP-Fraktionsvorsitzender im Deutschen Bundestag), Dr. h. c. Stephan Götzl (GVB-Verbandspräsident). □

Was die Politik von Genossenschaften lernen kann

Die anwesenden Politiker ermunterte Irtel, sich das Genossenschaftswesen mit seinen Idealen Selbsthilfe, Selbstverantwortung und Selbstverwaltung zum Vorbild zu nehmen. Es stehe für einfache Strukturen. Das könne auch der Staat durch Deregulierung und weniger Bürokratie erreichen. Genossenschaften praktizieren zudem ein nachhaltiges und verlässliches Geschäftsmodell. Das mache sie gerade in unsicheren Zeiten zu starken Partnern. „Übertragen auf den Staat bedeute das: Wir wünschen uns durch die Politik mehr Planungssicherheit und eine verlässliche Richtung“, forderte der Verbandspräsident.

Politik für die Mittelschicht

Auf diesen Wunsch ging Markus Söder, Bayerischer Staatsminister für



Staatsminister Markus Söder plädierte für eine Entlastung der Mittelschicht. □

Bundes- und Europaangelegenheiten, in einer engagierten Rede ein. In ihr legte er die mittel- und langfristigen Ziele der Staatsregierung vor. „Alle Diskussionen kreisen darum, ob die Hartz-IV-Sätze zu niedrig oder ob Managergehälter zu hoch sind“, so Söder. Es werde jedoch Zeit, dass wieder über die Leute gesprochen werde, die das Land tragen. „Die Mitte der Gesellschaft muss wieder ins Zentrum der Politik rücken“, sagte der Minister.

Söder forderte daher Steuerentlastungen für die Mittelschicht und versprach einen mittelstandsfreundlichen Kompromiss bei der Erbschaftsteuer. Zudem stellte er weiter Bürokratieabbau in Aussicht und sprach sich klar gegen eine Verschärfung der europäischen Antidiskriminierungsrichtlinien aus. Besonderes Augenmerk legte der CSU-Politiker auf das Zukunftsthema Bildung. „Wir können im internationalen Wettbewerb nicht billiger werden, daher müssen wir besser werden.“ Deshalb werde die



GVB-Vorstand und -Präsidium besichtigen die Verbundausstellung. □

Staatsregierung neue Lehrer einstellen und die Hochschulen weiter ausbauen.

Zuletzt versprach Söder, sich nicht mit dem Erreichten zufriedengeben zu wollen. Dass es Bayern gut gehe, sei vor allem ein Verdienst der Zusammenarbeit von Mittelstand und Genossenschaften. Dennoch gebe es Raum zu Verbesserung: „Wirtschaft ist ein Laufsport.“

Bayern brauche daher starke Genossenschaften, forderte der Minister.

Die Schwachen schützen

Auch Guido Westerwelle, Fraktionsvorsitzender der FDP im Deutschen Bundes-

tag, gab sich in seinem Redebeitrag kämpferisch. Der Oppositionspolitiker ging intensiv auf die Steuerpolitik der Großen Koalition ein. Besonders kritisierte er die Pläne der Regierung zu einer Reform der Erbschaftsteuer. Er wies darauf hin, dass in Deutschland über eine Abgabe diskutiert werde, die in den meisten anderen europäischen Ländern gerade abgeschafft wird. Zudem gehe die Diskussion der Politik an der Realität vorbei: „Wer von einem Unternehmenserben zehnjährige Arbeitsplatzgarantien fordert, hat noch nicht einen einzigen Euro selbst erwirtschaftet“, so Westerwelle.

Der FDP-Parteivorsitzende forderte zudem Steuerentlastungen für die Mittelschicht. So erwirtschaftete die Regierung Steuer Mehreinnahmen in Höhe von 107 Milliarden Euro, sei aber weder in der Lage, einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen, noch die Steuern zu senken. Die steigenden Strom- und Heizkosten vor Augen, mahnte er eine Senkung des Mehrwertsteuersatzes auf Energie an. „Es will mir nicht in den Kopf, dass man auf Energie 19 Prozent Steuer zahlt und auf Kaviar 7 Prozent“, so der Politiker.

Genossenschaften und Liberale verbinde vieles, wandte sich Westerwelle an seine Zuhörer. „Der Grundsatz beider Organisationen lautet: Hilfe dir selbst, bevor du nach dem Staat rufst“, sagte der Oppositionsführer. Gerade in Zeiten, in denen die Mittelschicht schrumpfe und die Belastungen der Bürger anstiegen, sei mehr denn je die Politik gefragt: „Wir schützen die Schwachen vor den Starken, aber wir



FDP-Fraktionsvorsitzender Guido Westerwelle zog Parallelen zwischen den Grundsätzen der FDP und genossenschaftlichen Werten. □

müssen die Schwachen auch vor den Faulen schützen.“ Politik müsse die Lust auf Leistung wecken – durch Freiheit zur Verantwortung.



Rege Diskussion auf dem Podium zwischen GVB-Präsident Stephan Götzl, Tilmann Schöberl, Guido Westerwelle und Karl Homann. □

Unternehmertum beginnt im Kopf

In der von Fernsehmoderator Tilmann Schöberl geleiteten Gesprächsrunde diskutierten Westerwelle, GVB-Präsident Stephan Götzl und Karl Homann, Professor für Wirtschaftsethik an der Universität München, über die Verantwortung von Politik und Unternehmen für die Wirtschaft. Alle drei Diskussionsteilnehmer waren sich einig, dass wirtschaftlicher Erfolg entscheidend mit Bildung zu tun hat und dass es

die Aufgabe des Staates sei, hier für die richtigen Rahmenbedingungen zu sorgen. Götzl forderte von der Politik mehr Investitionen in die Bildung und mehr Freiheit für die Hochschulen. Westerwelle warnte eindringlich davor, die Schule zu einem Ort der Kuschelepädagogik zu machen. „Wer keine Noten vergibt, um Kindern Enttäuschungen zu ersparen, nimmt ihnen auch das Erfolgserlebnis einer guten Zensur.“

Der Leistungs- und Wettbewerbsgedanke müsse bereits in der Schule vermittelt werden. Homann stützte diese Forderung. Aus seiner Tätigkeit

als Hochschullehrer wisse er: Viele seiner Studenten hätten ein gestörtes Verhältnis zum Wettbewerb und zur Marktwirtschaft. „Unternehmertum beginnt aber im Kopf“, so der Münchner Professor und forderte eine Stärkung des Faches Wirtschafts- und Sozialkunde in den Schulen. Das Grundübel in der Diskussion sei, dass man „Soziale Marktwirtschaft“ immer mit „gebändigter Marktwirtschaft“ gleichsetze. „Der Sozialstaat hat aber die Funktion einer Autobremse: Sie sorgt für die Sicherheit, die notwendig ist, um schneller zu fahren.“ □

Der Markenkern der eG

Selbsthilfe, Selbstverantwortung und Selbstverwaltung

Die Französische Revolution ist untrennbar mit der Forderung nach „Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit“ verbunden, das Christentum mit „Glaube, Hoffnung und Liebe“. Auch das Genossenschaftswesen hat seinen Wertedreiklang: Selbsthilfe, Selbstverantwortung und Selbstverwaltung. Seitdem Hermann Schulze-Delitzsch diese Grundsätze erstmals formulierte, sind rund 160 Jahre vergangen. Seit damals haben sich das Genossenschaftswesen und seine Grundwerte mehrmals neu erfunden.

Der Internationale Genossenschaftsbund IGB erarbeitete 1995 einen Kriterienkatalog für Genossenschaften, der das Genossenschaftswesen rund um die Welt verbindet: die freiwillige und offene Mitgliedschaft, demokratische Kontrolle durch die Mitglieder und deren Beteiligung am wirtschaftlichen Erfolg. Als weitere Kriterien definierte der internationale Verband, dass Genossenschaften untereinander kooperieren, Verantwortung für die Gesellschaft übernehmen und die Erziehung und Ausbildung ihrer Mitglieder fördern sollen. Diese Merkmale leiten sich aus den drei genossenschaftlichen Grundprinzipien ab.

Selbsthilfe

Die Selbsthilfe ist heute wie vor 160 Jahren der wichtigste Grundsatz. Genossenschaften sind der freiwillige Zusammenschluss von Menschen, die gemeinsam etwas erreichen möchten, was der Einzelne schlecht oder gar

nicht zu leisten vermag. Aus dem Selbsthilfegrundsatz begründet sich der Förderauftrag als primäres Ziel der Genossenschaften.

Selbstverantwortung

Das Prinzip der Selbstverantwortung hat sich dagegen seit den Zeiten von Raiffeisen und Schulze-Delitzsch maßgeblich gewandelt. Ursprünglich bedeutete es, dass die Mitglieder mit ihrem gesamten Vermögen für die Genossenschaften in Solidarhaftung stehen. Im Laufe der Jahre weichte dieses Prinzip immer mehr auf. Zuerst kam die Genossenschaft mit begrenzter Haftung, später die Genossenschaft ohne Nachschusspflicht. Damit ist die Tatsache, dass das Mitglied nur mit seinem Genossenschaftsanteil haftet, zu einem Markenkern der eG geworden.

In der modernen Genossenschaft bedeutet Selbstverantwortung, dass die Mitglieder durch Solidarität und Pflichtbewusstsein des Einzelnen den Geschäfts-

betrieb effektiver gestalten. Aus dieser Neuinterpretation ergibt sich das Identitätsprinzip, das besagt, dass das Mitglied immer auch Kunde und Kapitalgeber der Genossenschaft sein soll. Auch der Bildungsauftrag sowie die Verpflichtung zur Verantwortung für die Gesellschaft leiten sich hieraus ab. Denn wer Verantwortung für sich übernimmt, ergreift auch Verantwortung für andere.

Selbstverwaltung

Das Prinzip der Selbstverwaltung legt fest, dass der genossenschaftliche Geschäftsbetrieb ohne Fremdeinwirkung durch Zusammenarbeit von Haupt- und Ehrenamt auf demokratischer Basis erfolgt. Sämtliche Amtsträger sollten Mitglied der Genossenschaft sein. Um Interventionen von außen auszuschließen, kam es bereits früh zu Verbandsgründungen. Bis heute konnte sich das Genossenschaftswesen so seine Unabhängigkeit bewahren. Das Selbstverwaltungsprinzip hat sich im Laufe der Zeit ebenfalls gewandelt. Mit der Einführung des hauptamtlichen Vorstands kommt es auch immer häufiger dazu, dass externe Fachkräfte in ein genossenschaftliches Amt gelangen und erst dann Mitglied werden. Dies wäre zu Zeiten der Gründerväter noch undenkbar gewesen. □



Konrad Irtel, ehrenamtlicher Verbandspräsident. □

Prinzipien mit Mehrwert

Konrad Irtel ist seit 1. Juli 2008 ehrenamtlicher Verbandspräsident des GVB. Im Interview erklärt der Vorstandssprecher der VR-Bank Rosenheim-Chiemsee eG die genossenschaftlichen Prinzipien der Selbsthilfe, Selbstverantwortung und Selbstverwaltung und was sie für ihn bedeuten.

GZ: Was bedeutet für Sie genossenschaftliche Selbsthilfe?

Konrad Irtel: Selbsthilfe bedeutet, dass sich mit Hilfe einer Genossenschaft einzelne Personen mit ähnlich gelagerten wirtschaftlichen Interessen zusammenschließen, um ihre Kräfte zu bündeln. Dieser Grundsatz hat nach wie vor Gültigkeit. Durch die Einbindung in den genossenschaftlichen Verbund hat sich die Selbsthilfe weiterentwickelt. Durch diesen starken Verbund können sich die regional verwurzelten Kreditgenossenschaften auf ihre Kernkompetenzen konzentrieren und somit

den Mehrwert für ihre Mitglieder erhöhen.

GZ: Gab es auch Veränderungen beim Prinzip der Selbstverwaltung?

Irtel: Aufgrund der steigenden Mitgliederzahlen hat sich im Laufe der Zeit auch die Selbstverwaltung geändert. Die demokratische und autonome Willensbildung durch die Organe der Genossenschaft ist aber nach wie vor ein Eckpfeiler aller genossenschaftlichen Unternehmen. Neben den Mitglieder- und Vertreterversammlungen sind sehr viele Genossenschaften durch örtliche Mitgliederveranstaltungen, Fachbeiräte,

Qualitätszirkel etc. aufs Engste mit der Bevölkerung und der Region verbunden.

GZ: Und wie sieht es bei der Selbstverantwortung aus?

Irtel: Die Selbstverantwortung bedeutet für uns nicht nur die solidarische Haftung der Mitglieder, sondern vor allem die Übernahme der Verantwortung für die Region und für die Menschen dort. So können wir uns von der globalisierten Finanzwelt abgrenzen und zur Stabilisierung besonders in Krisenzeiten beitragen. Diese Verantwortung zeigt sich auch darin begründet, dass wir den Menschen in unserer Region einen sicheren Arbeitsplatz bieten können, was wiederum zur Stärkung der regionalen Wirtschaftskreisläufe beiträgt. □

Genossenschaften „Für Kinder in Bayern“

Mit einer Spendenaktion will die Raiffeisen/Schulze-Delitzsch Stiftung Bayerischer Genossenschaften Kinder in Bayern unterstützen und startete dazu die Aktion „Für Kinder in Bayern“.

Allein in Bayern gibt es laut einer Studie mehr als 140.000 Kinder, die ihr Leben unterhalb der Armutsgrenze führen. Neben der finanziellen Armut steht in vielen Fällen auch die „Chancenarmut“ von Kindern, die aufgrund der Lebenssituation der Eltern von Aktivitäten ausgeschlossen werden, die ihnen Lebensfreude und Selbstbewusstsein vermitteln können.

Privates Engagement

Daher ist privates Engagement, insbesondere für die Förderung von speziellen Bedürfnissen, die über materielle Grundversorgung hinausgehen, notwendig.

Die Aktion „Für Kinder in Bayern“ der Raiffeisen/Schulze-Delitzsch Stiftung Bayerischer Genossenschaften möchte gemäß dem genossenschaftlichen Grundsatz der „Hilfe zur Selbst-

hilfe“ Kindern in Bayern Chancen für die Zukunft bieten. Daher wird der Stiftungsvorstand 2008 aus den Spenden



denmitteln des Jahres 20.000 Euro für besondere Projekte zur Verfügung stellen, die Kindern in Bayern zugute kommen. Für jedes einzelne Projekt werden maximal 5.000 Euro bereitgestellt.

Initiativen und Projekte können bis 15. Oktober gemeinsam mit den bayerischen Genossenschaften vorgeschlagen werden. □

Auswahlkriterien im Überblick

► Die Aktion kommt Kindern in einer aktuellen Notsituation zugute oder es besteht Bedarf für eine konkrete Anschaffung. Zuschüsse zum laufenden Unterhalt werden nicht gewährt.

► Eine Genossenschaft erklärt sich bereit, die Aktion in gleicher Höhe wie die Stiftung finanziell zu unterstützen.

► Die Spendenmittel werden an Institutionen vergeben, die zur „Förderung mildtätiger Zwecke“ berechtigt sind und Spendenbescheinigungen ausstellen dürfen. □

Weitere Informationen zu dieser Aktion gibt die Geschäftsführerin der Raiffeisen/Schulze-Delitzsch Stiftung Bayerischer Genossenschaften, Regina Wenninger; Telefon: 089/28 68-31 70; E-Mail: rwenninger@gv-bayern.de. □

Genossenschaften: ihr Beitrag für Bayerns Wirtschaft und Gesellschaft

Leistungsstark, nah und sicher. Das beschreibt die 1.120 Genossenschaften in Bayern. 85 Prozent der bayerischen Genossenschaften befinden sich in den ländlichen Räumen des Freistaats und sind in gut drei Viertel aller Wirtschaftszweige vertreten.

Durch ihre dezentrale und lokale Ausrichtung kennen sie ihre Märkte und stehen für Stabilität: Sie sind der wirtschaftliche Fels in ihrer Region, insbesondere in Zeiten globaler Umbrüche. Genossenschaften verfolgen eine nachhaltige Geschäftsstrategie: Sie stellen die Förderung der eigenen Mitglieder und damit ihre Kunden sowie die Heimatregion in den Mittelpunkt ihrer Arbeit.

Arbeitgeber in der Region

Genossenschaften sorgen als Arbeitgeber, Ausbilder, Investor und Steuerzahler für die Zukunft des ländlichen Raums. Mit 67.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zählen die Genossenschaften zu den wichtigsten Arbeitgebern in Bayern. Bei den 325 Kreditgenossenschaften finden 36.000 Menschen eine heimatnahe Beschäftigung, 31.000 bei den bayerischen Waren- und Dienstleistungsgenossenschaften.

Darüber hinaus stehen zirka eine Million Beschäftigungsverhältnisse in direktem oder indirektem Zusammenhang mit dem bayerischen Genossenschaftswesen. Mit rund 4.000 Auszubildenden in allen Bereichen der Wirtschafts- und Finanzwelt ist die Genossenschaftsorganisation einer der bedeutendsten Ausbilder in Bayern.

Investitionen im ländlichen Raum

Genossenschaften tragen durch ihr Kerngeschäft und darüber hinaus durch soziale und gemeinnützige Aktivitäten dazu bei, dass der ländliche Raum in Bayern lebensfähig bleibt. Denn genossenschaftliche Unternehmen schaffen regionale Nachfrage und sichern so Beschäftigung: Mittelständische Betriebe erhalten Aufträge und Kommunen werden in die Lage versetzt, zu investieren.

Hinzu kommt, dass die bayerischen Genossenschaften zu den größten Steuerzahlern im Freistaat zählen. Mehr als 200 Millionen Euro fließen jährlich in die Staatskassen – zur Verbesserung der Infrastruktur, zum Ausbau von Bildungsstätten und zur Investition in den ländlichen Raum.

Genossenschaftliche Unternehmen

investieren jährlich weit über 300 Millionen Euro und fördern damit die mittelständische Wirtschaft auch strukturell in oftmals benachteiligten Regionen Bayerns. Die Investitionen der Genossenschaft landen somit dort, wo auch ihre Kunden und Eigentümer sind.

Vermögensverwalter der Bayern

Die Volksbanken und Raiffeisenbanken in Bayern sind Allfinanz- und Allkundenbanken. Sie versorgen über sieben Millionen Kunden flächen-

senbanken zeichnet wie keine andere Bankengruppe in Bayern die gewachsene und vertrauensvolle Geschäftsbeziehung zum Mittelstand aus. Dieses Vertrauen spiegelt sich insbesondere in der Entwicklung der LfA-Kredite wider. Die bayerischen Genossenschaftsbanken waren in den letzten Jahren bei der Anzahl der ausgereichten LfA-Kredite Marktführer vor den Sparkassen und Großbanken: 60,9 Milliarden Euro wurden über diesen Weg vermittelt. Das belegt, dass auf die Kreditgenossenschaften in besonderem Maß als Partner der kleinteiligen mittelständischen Wirtschaft Verlass ist. Denn heute wie vor 160 Jahren bewährt sich das Gründungsmotiv der Volksbanken und Raiffeisenbanken:



Nahversorgung im ländlichen Raum.

deckend mit Finanzdienstleistungen und ermöglichen somit breiten Bevölkerungskreisen den Zugang zum Zahlungsverkehr sowie zu Anlage- und Kreditprodukten. Die bayerischen Bürger haben 86,1 Milliarden Euro, das heißt jeden sechsten gesparten Euro, bei einer Kreditgenossenschaft angelegt. Auch die 3.239 Geschäftsstellen belegen, dass die Kreditgenossenschaften ihrer Kernphilosophie treu bleiben: „Näher am Menschen.“ Die Volksbanken und Raiffeisenbanken sind die Banken der Bayern.

Finanzier des Mittelstands

Aus dem Mittelstand heraus entstanden, sind die Genossenschaftsbanken bis zum heutigen Tag ein zentraler und verlässlicher Finanzier, insbesondere für den landwirtschaftlichen, gewerblichen und handwerklichen Mittelstand. Die Volksbanken und Raiffei-

Sie sorgen für eine ausreichende Kreditversorgung des Mittelstands in den Regionen.

Gelebte Wirtschaftsdemokratie

Genossenschaften sind seit jeher von demokratischen Strukturen geprägt. In ihren Gremien zählt jede Stimme gleich. Insgesamt sind rund 2,7 Millionen Bürger, also jeder vierte Erwachsene in Bayern, Mitglied einer Genossenschaft und bestimmen als Eigentümer und Mitglieder der General- oder Vertreterversammlung die Strategie ihres Unternehmens. Darüber hinaus engagieren sich 5.740 Mitglieder als Aufsichtsräte oder ehrenamtliche Vorstandsmitglieder in ihren Unternehmen.

Dies belegt, dass Genossenschaften Wegbereiter, Unterstützer und Garant eines demokratischen Grundsätzen verpflichteten Bayerns sind.

Auf bayerische Volksbanken und Raiffeisenbanken ist Verlass

Bayern gehört zu den wirtschaftlich erfolgreichsten deutschen Bundesländern: Die wirtschaftliche Dynamik ist hoch und der Mittelstand sehr gut aufgestellt. Teil dieses Mittelstands sind die bayerischen Volksbanken und Raiffeisenbanken. Sie spielen als stabilisierender Faktor für die mittelständische Wirtschaft eine bedeutende Rolle in der Volkswirtschaft des Freistaats.

Die bayerischen Kreditgenossenschaften waren und sind elementar für die wirtschaftliche Entwicklung Bayerns. Bereits in der Mitte des 19. Jahrhunderts haben Genossenschaftsbanken das stabile Fundament für eine erfolgreiche Zukunft gelegt. Der mittelständischen Kreditnachfrage stand damals kein adäquates Bankenangebot zur Verfügung. Handwerker, Landwirte und Freiberufler gründeten deshalb Genossenschaftsbanken. Der Mittelstand versetzte sich damit selbst in die Lage, Investitionen zur Sicherung der eigenen Zukunft zu schultern. Volksbanken und Raiffeisenbanken sind aus dem Mittelstand für den Mittelstand entstanden.

Die enge Beziehung zum Mittelstand hat sich bis heute fortgesetzt. So bezeichnen etwa ein Drittel aller süd-deutschen mittelständischen Unternehmen die Volksbanken und Raiffeisenbanken als ihre Hausbanken. Im Bereich der Finanzierung und im Zahlungsverkehr arbeiten mehr als die Hälfte der Mittelständler mit einer Genossenschaftsbank zusammen.

Finanzdienstleister für Unternehmen und Bevölkerung

Von gesamtwirtschaftlich erheblicher Bedeutung ist die Versorgung der Bevölkerung mit Finanzmitteln. Mit einem betreuten Kreditvolumen von zirka 73 Milliarden Euro kommen die Volksbanken und Raiffeisenbanken im Freistaat dieser Verantwortung in hohem Maße nach. Unter den ausgegebenen Krediten spielen dabei die Wohnungsbaukredite an Privatkunden eine wichtige Rolle. Sie belaufen sich auf rund 25 Milliarden Euro. Die bayerischen Genossenschaftsbanken unterstützen nicht nur den Wunsch vieler Menschen nach einem Eigenheim, sondern sie geben ihnen Sicherheit in der Heimat und sorgen zudem für wichtige Nachfrageimpulse in der bayerischen Bauwirtschaft. Zusammen mit ihrem Verbundpartner Schwäbisch Hall sichern sie jedes Jahr zehntausende Arbeitsplätze in der Baubranche.

An Firmenkundenkrediten haben die bayerischen Volksbanken und Raiffeisenbanken insgesamt über 26,5

Milliarden Euro ausgegeben. Gut 4 Milliarden Euro entfallen dabei allein auf den Bereich der Land-, Forstwirtschaft und Fischerei. Hier sind die bayerischen Volksbanken und Raiffeisenbanken vor allen anderen Banken im Freistaat führend. Die bayerischen Genossenschaftsbanken stellen so Investitionen und damit die Weiterentwicklung der ländlichen Räume in allen Teilen Bayerns sicher. Die traditionell enge Verbindung zwischen den Landwirten und den Kreditgenossenschaften lebt bis heute fort.

Enge Kundenbindung als Vorteil bei Kreditvergabe

Anders als ortsfremde Banken kennen die bayerischen Kreditgenossenschaften aufgrund der lokalen Präsenz ihre Kunden, das regionale Umfeld und die Perspektiven der ansässigen Unternehmen. Das ermöglicht ihnen, in die Kreditvergabe zusätzlich Erkenntnisse – über die eines klassischen Ratings hinaus – einfließen zu lassen. Die enge Kundenbindung wird damit zum Vorteil bei der Kreditvergabe. Dezentrale und regional verwurzelte Geschäftsstrukturen sichern die Kreditversorgung der mittelständischen Unternehmen und damit die wirtschaftliche Entwicklung der ländlichen Räume.

Neben der Bereitstellung von Krediten bieten die bayerischen Volksbanken und Raiffeisenbanken ihren Kunden zahlreiche Möglichkeiten der Vermögensbildung und Geldanlage. Bezeichnend ist, dass das betreute Kundenanlagevolumen Ende 2007 bei knapp 138 Milliarden Euro lag.

Sicherheit und Beständigkeit

Volksbanken und Raiffeisenbanken stehen für Beständigkeit. Sie sind ein Hort regionaler Stabilität. In 160 Jahren hat noch kein Kunde auch nur einen Cent durch eine genossenschaftliche Bankenpleite verloren. Ihre dezentrale und regionale Ausrichtung minimiert die Gefahr unkalkulierbarer Risiken. Volksbanken und Raiffeisenbanken bewegen sich auf Märkten, die sie kennen. Sie machen Geschäfte, von denen sie et-

was verstehen. Entsprechend haben sie keine risikobehafteten und wertlosen Papiere aus fernen Ländern in ihren Depots.

Geschäftsprinzip Vertrauen

Sie geben Sicherheit, insbesondere in Zeiten wirtschaftlicher Umbrüche oder Krisen. Gerade der Handel mit minderwertigen amerikanischen Hypotheken hat das Vertrauen der Menschen in die Zuverlässigkeit der Finanzbranche stark erschüttert. Dieser Vertrauensverlust bedroht den gesamten Sektor, denn Bankgeschäft basiert auf gegenseitigem Vertrauen. Den bayerischen Volksbanken und Raiffeisenbanken können die Kunden gleichwohl weiterhin uneingeschränkt vertrauen, für sie sind Kreditverkäufe kein Thema. Kreditverkäufe an Finanzinvestoren entsprechen nicht dem Selbstverständnis der Genossenschaftsbanken und gehören daher nicht zu ihrer Geschäftspraxis.

Hinzu kommt: Die Volksbanken und Raiffeisenbanken sind eigenkapitalstarke Banken. Sie müssen sich nicht freies Kapital zur Kreditunterlegung beschaffen. Ihr Eigenkapital wurde nicht durch hohe Abschreibungen abgeschmolzen. Sie haben Kapital, weil sie erfolgreich am Markt gewirtschaftet haben.

Auch im Anlagegeschäft kann man Volksbanken und Raiffeisenbanken vertrauen. Bei Volksbanken und Raiffeisenbanken ist das Geld der Sparer zu 100 Prozent sicher. Sie bieten Vollkasko und nicht nur den gesetzlichen Mindeststandard von 20.000 Euro Schadensersatz. Das unterscheidet sie von etwa 300 in Deutschland tätigen Banken.

Nähe zu den Menschen

Die Genossenschaftsbanken sind die Banken der Bayern. Daher ist für Volksbanken und Raiffeisenbanken klar, dass das, was sie von jeher ausgezeichnet hat, nicht aufgegeben wird: die Nähe zu den Menschen. Die Genossenschaftsbanken bleiben damit dort präsent, wo sich andere längst zurückgezogen haben: in den bayerischen Gemeinden, mit 3.239 Geschäftsstellen. Sie geben Heimat in einer globalisierten Welt. Auf die Volksbanken und Raiffeisenbanken ist Verlass. Nicht nur heute, sondern auch morgen. □

3,5 Millionen Euro für mehr Mobilität:

Soziales Engagement der bayerischen Volksbanken und Raiffeisenbanken

Sie ist eine Erfolgsgeschichte im genossenschaftlichen Finanzverbund, die ihresgleichen sucht: die Aktion „VR-Banken machen mobil“. Bis Ende 2008 werden die bayerischen Volksbanken und Raiffeisenbanken insgesamt über 340 VR-mobile an soziale, gemeinnützige und karitative Einrichtungen im Freistaat gespendet haben. Damit werden Autos der Marke VW Fox im Gesamtwert von zirka 3,5 Millionen Euro auf Bayerns Straßen unterwegs sein. Ziel der Aktion ist es, dort für Mobilität zu sorgen, wo bislang finanzielle Mittel knapp sind oder ganz fehlen.

„Wir machen den Weg frei: Für die bayerischen Kreditgenossenschaften ist der bekannte Werbeslogan keine hohle Marketingphrase, sondern ein Herzensanliegen“, erklärt Stephan Götzl, Präsident des Genossenschaftsverbands Bayern e. V., zur Aktion „VR-mobil“. Damit übernehmen die bayerischen Genossenschaftsbanken Verantwortung für den ländlichen Raum und leisten einen Beitrag dazu, dass sich der gesellschaftliche Kitt nicht auflöst, der den bayerischen Flächenstaat lebenswert und lebensfähig macht. Deshalb werden die Autos auch dezentral und nach dem genossenschaftlichen Prinzip der „Hilfe zur Selbsthilfe“ an Einrichtungen in allen Regionen Bayerns übergeben, die sich dort engagieren, wo sich Menschen nicht mehr alleine helfen können.

Die Fahrzeuge werden aus den Erträgen des VR Gewinnsparevereins Bayern finanziert. Der Verein organisiert seit 56 Jahren die Lotterie der bayerischen Volksbanken und Raiffeisenbanken. Ihre Besonderheit: Sie garantiert den Teilnehmern pro Los einen Sparbetrag von 4 Euro und die Gewissheit, mit 25 Cent Gutes zu tun. In den letzten zehn Jahren hat der Gewinnspareverein Bayern über 43 Millionen Euro aus seinen Erträgen an soziale, karitative und gemeinnützige Empfänger in Bayern ausgeschüttet.

In diesen Tagen geht die Aktion „VR-mobil“ in eine neue Dimension. Die VR-Banken verlosen zusammen mit Bayern 1 zwischen 20. Oktober und 15. November 2008 sieben „VR-mobile XXL“ der Marke VW Transporter im Wert von über 200.000 Euro. Aus allen sieben bayerischen Regierungsbezirken können sich in diesem Zeitraum soziale, gemeinnützige und karitative Organisationen um die Autos bewerben.

Nähere Informationen gibt es ab Mitte Oktober im täglichen Programm von Bayern 1. Rainer Jungmann, Vorstandsvorsitzender des VR Gewinnsparevereins Bayern eV, erklärt, was hinter der VR-mobil-Aktion steht.

Gemeindezeitung: Herr Jungmann,

haben Sie mit einem derartigen Erfolg von „VR-Banken machen mobil“ gerechnet?

Rainer Jungmann: *Absolut nicht. Wir sind durchweg positiv überrascht von der Resonanz. Als wir im Sommer 2007 die ersten Fahrzeuge an soziale, karitative und gemeinnützige Einrichtungen überreicht haben, erhofften wir uns, dass 100 VR-mobile für Mobilität in Bayern sorgen. Dass es jetzt mehr als dreimal so viel sind, das hätten wir nicht zu träumen gewagt. Es ist schön zu sehen, dass sich „VR-mobil“ mittlerweile fast schon als Marke der Kreditgenossenschaften in Bayern etablieren konnte. Jede zweite Volksbank und Raiffeisenbank hat sich mit einem oder mehreren Autos an der Aktion beteiligt. Stolz sind wir darauf, dass auch andere Genossenschaftsverbände die Idee aufgegriffen haben. So wird wohl noch dieses Jahr das 1.000ste VR-mobil auf Deutschlands Straßen zu sehen sein.*

Gemeindezeitung: Welche Philosophie steckt hinter den VR-mobilen?

Jungmann: *Die Aktion „VR-Banken machen mobil“ unterstreicht, dass die bayerischen Volksbanken und Raiff-*

eisenbanken in ihren Geschäftsgebieten Verantwortung übernehmen. Denn ihr soziales Engagement und ihre Verantwortung für die Menschen vor Ort sind es, was sie von ihren Wettbewerbern unterscheidet. Wir haben ein Gesicht in der Region im Gegensatz zu vielen anderen Geschäftsbanken, die dort ihr Gesicht verloren haben.

Gemeindezeitung: Jetzt wächst VR-mobil in eine neue Dimension – „VR-mobil XXL“ heißt das Zauberwort. Was erhoffen Sie sich von der Aktion?

Jungmann: *Mit „VR-mobil XXL“ haben wir die Grundidee der VR-mobile, nämlich soziale Einrichtungen mobil zu machen, konsequent weitergedacht. Denn es gibt viele Organisationen und Menschen, die mehr Platz benötigen, als die VW Foxe bieten. Ich denke da zum Beispiel an Jugendvereine im Sportbereich, die zu einem Turnier fahren, die Landjugend, die Veranstaltungen organisiert oder auch an die Möglichkeit, körperlich Behinderten neue Mobilität zu verschaffen.*

Gemeindezeitung: Wie werden die Fahrzeuge finanziert?

Jungmann: *Finanziert werden die Kleinbusse aus den Zweckerträgen des VR Gewinnsparevereins Bayern von jährlich zirka 10 Millionen Euro. Den Löwenanteil dieses Ertrags vergeben die bayerischen Kreditgenossenschaften vor Ort. Denn sie wissen am allerbesten, wo Bedarf in der Region ist. □*



Ab November auf Bayerns Straßen: Das VR-mobil XXL. □

In guten wie in schlechten Zeiten

Genossenschaften sind in jeder Branche und jeder Region zu finden. Die eingetragene Genossenschaft (eG) verbindet die Möglichkeiten der Eigenständigkeit mit denen eines starken Netzwerks und ist zudem aufgrund des Prüfungswesens sehr insolvenz sicher.

Die eG ist in Deutschland die insolvenz sicherste Rechtsform. Nur durchschnittlich 0,1 Prozent aller Genossenschaften melden Insolvenz an.

Da verwundert es nicht, dass der Gedanke der Kooperation, des Zusammenschlusses von freien Unternehmen zu einer Genossenschaft Jahr für Jahr auf fruchtbaren Boden fällt: In den letzten fünf Jahren wurden 67 neue Genossenschaften in Bayern gegründet.

Allein im Jahr 2007 wurden 24 Genossenschaften in den unterschiedlichsten Bereichen vom Genossenschaftsverband Bayern bei der Gründung begleitet. Ob im Energiesektor, dem Gesundheitswesen oder der Landwirtschaft, die Zahl an Neugründungen beweist: Die Genossenschaft ist als Unternehmensform attraktiver denn je.

Doch welche Überlegungen und Ziele stehen am Anfang der Gründung einer Genossenschaft? Welche Vorteile sehen Gründer in der Genossenschaft als Rechtsform? Fünf junge bayerische Genossenschaften geben Antworten auf diese Fragen.

Designcooperative Nittenau

Alex Schambeck, Mitgründer der Designcooperative Nittenau, zur Genossenschaft:

Wie sind Sie auf die Idee gekommen, eine Genossenschaft zu gründen?

Wir sind alle drei selbstständige Diplom-Designer. Seit vielen Jahren wickeln wir als Freiberufler jeder für sich verschiedenste Grafik-Aufträge ab: von professioneller Fotografie über die Entwicklung von Werbekonzepten, Logos bis hin zur Erstellung von kompletten Geschäftsauftritten.

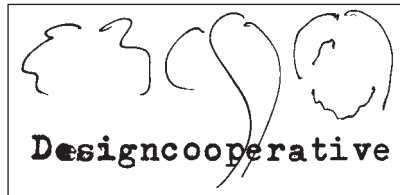
Um größere Aufträge annehmen und dabei Synergieeffekte nutzen zu können, wollten wir uns zusätzlich zu unserer Selbstständigkeit zusammenschließen. Nach vielen und langen Gesprächen mit den verschiedenen Institutionen wie der IHK oder dem Genossenschaftsverband Bayern erwies sich die Firmenform Genossenschaft als die für unseren Zweck einzig richtige Lösung.

Für wen ist Ihre Genossenschaft besonders interessant?

Einerseits für die Gemeinde, ande-

rerseits natürlich auch für jedes Mitglied. Jeder behält seine Selbstständigkeit, jeder kann je nach Zeit und Spezialisierung seine Arbeitsleistung in den gemeinsamen „Cooperative-Arbeitskraftopf“ werfen, mit dessen Inhalt sozusagen große Aufträge, die einer allein nur schlecht bewältigen könnte, bearbeitet werden.

Warum passt gerade die Genossenschaft als Unternehmensform zur Designcooperative Nittenau?



Die Genossenschaft ist eben eine sehr demokratische Form, es gibt keine(n) Vorgesetzten, keine Unterbenen, keine Anordnungen, keine Hierarchien. Jedes Mitglied behält seinen Status als Freiberufler und wichtige Entscheidungen für die Genossenschaft werden von allen Mitgliedern gemeinsam getroffen. □

enPlus

Deutschlands Energiewirtschaft steht aufgrund ständig steigender Energiepreise wie selten zuvor im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses. Damit sie ihren Kunden auch künftig günstige



Die enPlus-Verantwortlichen (v. l.): Prof. Dr. Norbert Menke (Vorstand) Würzburg, Jörg Richartz (Prokurist) Hof, Thorsten Tippmann (Prokurist) Würzburg, Rainer Spribler (Prokurist) Erlangen, Martin Grimmeisen (Prokurist) Fürth, Reinhold Müller (Vorstand) Forchheim und Notar Prof. Peter Limmer. □

Energiepreise bieten können, haben neun fränkische Versorgungsunternehmen zum Jahresbeginn 2008 die „enPlus“ gegründet und für das erste Geschäftsjahr einen Umsatz von zirka 100 Millionen Euro angepeilt.

Ziel der Genossenschaft ist es, mit einem optimierten Erdgas-Einkauf die Wirtschaftlichkeit der beteiligten Unternehmen zu stärken.

Norbert Menke, Geschäftsführer der Würzburger Versorgungs- und Verkehrs-GmbH (WVV) und Vorstand des Energieverbands enPlus, sagt, warum die Genossenschaft für ihn attraktiv ist:

Wie sind Sie auf die Idee gekommen, eine Genossenschaft zu gründen?

Die beteiligten Unternehmen erhoffen sich mit der Einkaufsgemeinschaft kurzfristig bestmögliche Konditionen beim Gaseinkauf. In Folge sollen aber auch Synergiepotenziale bei den beteiligten Unternehmen gefunden und in konkreten Projekten realisiert werden. Dabei war die Gesellschaftsform einer Genossenschaft die beste Wahl.

Für wen ist enPlus besonders interessant?

Am Erdgasverbund sind bislang die Versorgungsunternehmen der Städte Bamberg, Ebermannstadt, Erlangen, Forchheim, Fürth, Herzogenaurach, Hof, Neustadt bei Coburg und Würzburg beteiligt. Wir streben jedoch die künftige Partnerschaft mit weiteren, vor allem kommunalen Energieversorgern und anderen großen Gasverbrauchern an.

Warum passt gerade die eG als Unternehmensform zu enPlus?

Die Genossenschaft verschafft uns steuerliche Vorteile und macht es uns erheblich leichter, neue Partner mit ins Boot zu holen. Eine eG bietet uns zudem ein hohes Maß an Transparenz für die Mitgliedsunternehmen und eine leichte Einstiegsmöglichkeit. □

ideal-garten eG

Als Netzwerk verschiedener Freiberufler aus dem Garten- und Landschaftsbau gestaltet die „ideal-garten eG - Ihr Gärtner von Eden“ Gartenanlagen nach individuellen Wünschen und Vorstellungen. Insgesamt sind bei der ideal-garten eG elf feste Mitarbeiter beschäftigt, davon zwei Auszubildende.

Die Vision der Genossenschaft ist es, weitere Handwerker als Mitglieder zu gewinnen, um unterschiedliche Gewerbe unter einem Dach zu vereinen.

Florian Herrhammer, Vorstand der ideal-garten eG, und seine Meinung zur eG:

Wie sind Sie auf die Idee gekommen, eine Genossenschaft zu gründen?

Vor der Gründung von ideal-garten im Jahr 2004 existierten rechtlich gesehen zwei Firmen: Herrhammer GbR und Ottmar Hübner. Insgesamt waren wir zu dritt (zwei Gärtnermeister und ein Betriebswirt), so dass sich das Genossenschaftsmodell als gemein-

schaftliche Unternehmensform anbot. Die Idee kam zum einen von unserem Steuerberater, zum anderen haben wir uns von der deutschlandweit agierenden Qualitätsmarke „Gärtner von Eden eG“ inspirieren lassen.

Für wen ist die ideal-garten eG besonders interessant?

Wir wollen mit der eG ein Modell aufbauen, in dem Handwerker aus allen Bereichen bei der Gartengestaltung eng zusammenarbeiten. Verschiedene Spezialisten sind so in die ideal-garten eG eingebunden und treiben die Projekte voran. Vom Forstservice für Spezialfällungen über Metallbauer (zum Beispiel für den Bau von Wasserbecken aus Metall, Skulpturen oder Ähnliches) bis hin zu Elektrikern für die Beleuchtung – die Liste an Spezialisten, die im Gartenbau benötigt werden, ist lang. Über die eG können zudem gemeinsame (Werbe-)Aktivitäten geplant und durchgeführt werden.

Warum passt gerade die Genossenschaft als Unternehmensform zur ideal-garten eG?

Es ist ein Zusammenschluss gleichberechtigter Partner, die ein gemeinsames Ziel verfolgen. Durch die demokratische Organisation kann sich jeder einbringen. In der Außenwirkung zeigt eine Genossenschaft den partnerschaftlichen Gedanken mit einem gemeinsamen Ziel, so dass im Idealfall jedes Mitglied dank der gemeinschaftlichen Organisation mit verhältnismäßig geringem Aufwand eine große Wirkung erzielt. □



Florian Herrhammer, Ottmar Hübner, Jörg Herrhammer (v. l.). □

Zuckerrüben-genossenschaft Ochsenfurt

Die Zuckerproduktion hat mit verschärften Wettbewerbs- und Rahmenbedingungen innerhalb der EU zu kämpfen. Die Zuckerrüben-genossenschaft Ochsenfurt organisiert den gemeinschaftlichen Transport und Verarbeitungsprozess der Zuckerrüben verschiedener Landwirte. Die Mitglieder profitieren von dem wirtschaftlich und ökologisch effizienteren Prozess. In Zusammenarbeit mit Südzucker trägt die Genossenschaft dazu bei, dass die Mitglieder im internatio-

nalen Wettbewerb bestehen können.

Otmar Emhart, Aufsichtsratsmitglied der Zuckerrüben-genossenschaft Ochsenfurt, zur Bedeutung der eG:

Wie sind Sie auf die Idee gekommen, eine Genossenschaft zu gründen?

Gesucht wurde eine passende Rechtsform für den Zusammenschluss von zirka 1.200 beteiligten Landwirten, um den gemeinschaftlichen landwirtschaftlichen Zuckerrüben-transport einschließlich Laden und Reini-

gen der Rüben organisieren zu können.

Für wen ist die Zuckerrüben-genossenschaft Ochsenfurt besonders interessant?

Für die Genossen, das heißt die Zuckerrüben anbauenden Landwirte, die ihre Zuckerrüben weiterhin in Eigenregie in die Zuckerfabrik der Südzucker AG bringen wollen. Die Wertschöpfung bleibt durch Mit- und Zuarbeit der Zuckerrübenanbauer in der Landwirtschaft. Daher identifiziert sich jedes Mitglied in hohem Maße mit der eG. Jeder für sich sieht die Zuckerrüben-genossenschaft als „mein Unternehmen“.

Warum passt gerade die Genossenschaft als Unternehmensform zur Zuckerrüben-genossenschaft Ochsenfurt?

Die eG wurde als Rechtsform aus mehreren Gründen gewählt: Wichtig ist, dass sich die Haftung der Genossen, also der beteiligten Zuckerrübenanbauer, auf den Geschäftsanteil beschränkt. Hinzu kommt, dass die eG als Unternehmensform den Mitgliedern einen leichten Ein- und Austritt ermöglicht. Außerdem sind durch Gesetz und Statut mit Vorstand, Aufsichtsrat und Generalversammlung klare Strukturen gegeben.

Vorteilhaft ist zudem, dass die eG unabhängig vom Bestand der Mitglieder ist. Auch nach Austritt einzelner Mitglieder besteht die Genossenschaft fort. Gleichzeitig bietet die Anteilsbewertung beim Austritt aus der eG („Abfindungsguthaben“) Rechtssicherheit.

Nicht zuletzt ist die Förderung der Mitglieder eines der Hauptziele der eG. Das hat uns vom Konzept „Genossenschaft“ überzeugt. □



Hintere Reihe: Gerhard Haag (stellv. Vorsitzender Aufsichtsrat), Johannes Menth (Vorsitzender Aufsichtsrat), Hermann Gebhardt (Aufsichtsrat), August Hopf (Aufsichtsrat), Josef Häußlein (Aufsichtsrat). Vordere Reihe: Martin Roth (Vorsitzender Vorstand), Alfred Grimmer (stellv. Vorsitzender Vorstand), Günter Wengel (Vorstand), Otmar Emhart (Aufsichtsrat). □

Stadtmarketing Dachau eG

Die Stadtmarketing Dachau eG will die innerstädtische Wirtschaft durch Marketing und Öffentlichkeitsarbeit stärken, Leerstände vermeiden und als Ansprechpartner für die Stadt fungieren. Gegründet wurde die Genossenschaft unter anderem von Dachau Aktiv, Leistung aus Dachau (LAD), den Interessengemeinschaften Münchner Straße und Shoppingberg, der Sparkasse und der Volksbank Raiffeisenbank Dachau eG. Gemeinsam haben sich die Mitglieder 2007 als Genossenschaft unter dem Namen „Stadtmarketing Dachau eG“ zusammengetan.

Josefa Westermann, Vorsitzende der Stadtmarketing Dachau eG, über genossenschaftliche Vorteile: Wie sind Sie auf die Idee gekommen, eine Genossenschaft zu gründen?

Ein Anwalt aus Neuss, der sich auf Stadtmarketing Genossenschaften spezialisiert hat, überzeugte uns, als Rechtsform für Stadtmarketing Dachau die Genossenschaft zu wählen – hauptsächlich wegen Haftungs- und Steuerfragen.

Für wen ist Ihre Genossenschaft

besonders interessant?

Durch die Novellierung des Genossenschaftsgesetzes ist die Genossenschaft vereinfacht worden. Dadurch wurde diese Rechtsform auch für Stadtmarketing beziehungsweise Citymanagement sehr attraktiv.

Warum passt gerade die Genossenschaft als Unternehmensform zur Stadtmarketing Dachau eG?

Durch den starken Verbund und durch viel Wissenstransfer sind die Mitglieder unserer Genossenschaft immer bestens informiert und betreut. Davon profitieren insbesondere der Einzelhandel, das Handwerk, Gastronomie und Dienstleister, aber auch die restlichen Bürger der Stadt. □



Vorstandsvorsitzende Josefa Westermann mit Alwin Jurk, 2. Vorstand für Finanzen (l.), und Christian Bitter, Vorstand (r.). □

Qualität und Effizienz eG (QuE eG)

Für die Qualität und Effizienz eG ist die zentrale Aufgabe des deutschen Gesundheitssystems die Optimierung von Qualität und Effizienz bei der



Versorgung kranker Menschen. Ziel der QuE eG ist es, niedergelassene Ärzte in regionalen Praxisnetzen zu einem konkurrenzfähigen Gesundheitsanbieter zusammenzuschließen.

Die QuE eG unterstützt niedergelassene Ärzte unter anderem in Form eines gemeinsamen Vertrags- oder EDV-Managements.

Dr. Veit Wambach, Vorsitzender der Qualität und Effizienz eG, erklärt, warum die eG attraktiv ist: Wie sind Sie auf die Idee gekommen, eine Genossenschaft zu gründen?

Deregulierung und Virtualisierung der Gesundheitsmärkte bei stetiger Ressourcenknappheit werden bei den Anbietern zu stärkerer Konkurrenz, Konzentration und letztendlich zu einer deutlichen Konsolidierung führen. Diese Überlegung war die Grundintention für die Wahl der Unternehmensform eG „Kollektiver Individualismus“

ist die Hauptintention – das heißt, gemeinsam das Ziel zu erreichen, langfristig als niedergelassene Ärzte freiberuflich im Gesundheitswettbewerb zu bestehen.

Für wen ist Ihre Genossenschaft besonders interessant?

Die QuE eG zählt aktuell 91 Mitglieder. Diese haben sich auf eine leitlinienorientierte Patientenversorgung, ein abgestimmtes Medikamentenmanagement, ein praxisübergrei-



Dr. Veit Wambach, Vorsitzender der QuE eG. □

fendes Qualitätsmanagement sowie auf einheitliche EDV-Strukturen geeignet. Dies ermöglicht eine effektive und effiziente Patientenversorgung.

Geeignet ist eine Mitgliedschaft daher vor allem für Ärzte, die ihren Patienten durch die Umsetzung von vernetzten Versorgungsstrukturen eine qualitativ hochwertige und serviceorientierte Medizin anbieten möchten.

Warum passt gerade die Genossenschaft als Unternehmensform zur Qualität und Effizienz eG?

Die Gründung der Qualität und Effizienz eG war ein wichtiger Meilenstein in der Weiterentwicklung eines der ältesten und erfolgreichsten Praxisnetze Deutschlands, dem Praxisnetz Nürnberg Nord (PNN). Ziel der am 19.04.2005 gegründeten QuE eG ist es, das PNN zu einem konkurrenzfähigen regionalen Gesundheitsanbieter auszubauen. Damit ermöglichen wir unseren Mitgliedern auch in Zukunft, den Arztberuf in Freiberuflichkeit auszuüben. □

BAYERISCHE GemeindeZeitung

Sonderdruck der Bayerischen Gemeindezeitung

Redaktion: Regina Wenninger

Verantwortlich: Dr. Jürgen Gros

Anschrift und Sitz des Verlags:

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postfach 825, 82533 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11, -12, -13

Telefax 08171 / 805 14

eMail: info@gemeindezeitung.de

Internet: http://www.gemeindezeitung.de

Druck:

Creo-Druck, Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg

Für wen Genossenschaften interessant sind

Selbsthilfe, Selbstverantwortung und Selbstverwaltung: Die Genossenschaft als ideale Unternehmensform

GmbH oder Genossenschaft? Bei der Gründung eines kleinen oder mittelständischen Unternehmens denken viele zunächst an die Gründung einer GmbH. Dabei bietet die Genossenschaft besonders nach der Genossenschaftsgesetznovelle von 2006 deutliche Vorteile in rechtlicher und steuerlicher Hinsicht.

Für wen eignet sich die Genossenschaft als Unternehmensform?

Die Antwort ist einfach: für alle! Gerade Existenzgründer profitieren von der Unternehmensform der eG – nicht nur finanziell. Für bestehende mittelständische Unternehmen und Freiberufler sind Kooperationen zwischen Gleichgesinnten unter dem Rechtsmantel der Genossenschaft ebenfalls von großem Vorteil. Auch Kommunen und öffentliche Einrichtungen profitieren von dem Modell, ebenso wie Verbraucher und Konsumenten.

Flexibel und sicher in der Gemeinschaft

Jede Genossenschaft hat ihre individuell gestaltete Satzung. Dadurch passt diese Rechtsform in jedem Bereich von Wirtschaft und Gesellschaft. Dies können freie Berufe wie Grafiker oder auch klassische Handwerksbetriebe wie Schreinereien sein. Auch im Dienstleistungsbereich tun sich immer mehr Unternehmen in Form einer Genossenschaft zusammen: Die enPlus im

Energiebereich oder die QuE eG im Gesundheitswesen sind anschauliche Beispiele, wie Genossenschaften zur kommunalen Daseinsvorsorge beitragen.

Die Datev eG beweist seit langem, dass die Form der Genossenschaft auch im Beratungs- und IT-Sektor für Mitglieder und Kunden von Vorteil ist. Darüber hinaus sind Zusammenschlüsse unter dem Rechtsmantel der Genossenschaft auch im Bereich Land- und Waldwirtschaft sowie in vielen weiteren Sektoren denkbar.

Wer kann Mitglied werden?

Wieder gilt die einfache Antwort: alle. Sowohl natürliche als auch juristische Personen können Mitglied in einer Genossenschaft werden. Jedes Mitglied erwirbt mindestens einen Anteil an der Genossenschaft, woraus sich deren Eigenkapital ergibt. Unabhängig von der Anzahl an Eigenanteilen hat jedes Mitglied jedoch genau eine Stimme. Das macht die Genossenschaft zur demokratischsten aller Unternehmensformen. □

Die Genossenschaft in Stichpunkten

Gründungszweck und Auftrag

Die einzelnen Mitglieder werden dank gemeinschaftlichen Geschäftsbetriebs in ihren wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Zielen unterstützt und gefördert.

Gründungsvoraussetzungen

Es sind mindestens drei natürliche und/oder juristische Personen nötig, um eine Genossenschaft zu gründen. Die Gründer legen eine schriftliche Satzung fest.

Rechtsfähigkeit

Die eingetragene Genossenschaft gilt als juristische Person und ist damit Träger von Rechten und Pflichten.

Kapital

Es ist kein Mindestkapital vorgeschrieben. In der Satzung ist der Wert jedes Anteils festgelegt, den Neumitglieder erwerben müssen.

Gesellschaftsvermögen

Das Gesellschaftsvermögen ist

eigenes Vermögen der Genossenschaft als juristische Person.

Haftung

Haftbar ist nur das Vermögen der Genossenschaft. Die einzelnen Mitglieder und deren Eigenkapital haften nicht für die Geschäfte der Genossenschaft.

Organe

Jede Genossenschaft muss einen Vorstand bilden und eine General- bzw. Vertreterversammlung abhalten. Kleinere Genossenschaften müssen nur einen Vorstand stellen, der die eG verantwortlich leitet. Größere Genossenschaften haben meist auch einen Aufsichtsrat als Kontrollorgan für den Vorstand.

Stimmrecht

Grundsätzlich gilt: Ein Mitglied, eine Stimme – unabhängig von den jeweilig gehaltenen Anteilen. □

Ansprechpartner

Information, Beratung, Betreuung
Genossenschaftsverband Bayern e.V.



Oberbayern

Anton Kandler
Türkenstraße 22 – 24,
80333 München
Tel.: 089 / 28 68 - 3890
Fax: 089 / 28 68 - 3892
akandler@gv-bayern.de



Oberfranken, Mittelfranken und Unterfranken

Friedrich-Anton Blaser (l.)
Roland Streng (r.)
Ludwigstraße 6
97070 Würzburg
Tel.: 0931 / 50 113
Fax: 0931 / 50 114
fblaser@gv-bayern.de
rstreng@gv-bayern.de



Oberpfalz und Niederbayern

Gerhard Hornauer
Dreikronengasse 2
93047 Regensburg
Tel.: 0941 / 54 082
Fax: 0941 / 56 28 28
ghornauer@gv-bayern.de



Schwaben

Peter Ferner
Maximilianstraße 11
86150 Augsburg
Tel.: 0821 / 3 50 05
Fax: 0821 / 15 92 98
pferner@gv-bayern.de

Es gibt einen
sicheren Weg bei der
Umstellung auf die

DOPPIK

führen Sie am besten mit
DATEV ein. Schließlich sind
wir nicht nur führend beim
Rechnungswesen, sondern
auch der Spezialist für ein
zukunftsweisendes kommu-
nales Finanzmanagement.

Wir begleiten Sie in allen Phasen der Um-
stellung auf die doppelte Buchführung: mit
leistungsstarker Software, einem umfas-
senden Projektmanagement und individuellen
Serviceangeboten. Und auch anschließend,
im laufenden Betrieb stehen wir Ihnen ber-
atend zur Seite. Informieren Sie sich bei Ihrem
Steuerberater, Ihrem Wirtschaftsprüfer oder
unter der Telefonnummer 0800 0114348.

www.datev.de/kommunal



Zukunft gestalten. Gemeinsam.

